

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1695
des Abgeordneten Michael Claus
Fraktion der DVU
Landtagsdrucksache 4/4315

Aktuelle Terrorgefahr im Land Brandenburg

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 1695 vom 21.03.2007:

Das Bundeskriminalamt (BKA) warnte kürzlich Zeitungsberichten zufolge vor einer erheblich erhöhten Terrorgefahr in Deutschland und empfahl, die Gefährdungseinschätzung für Deutschland heraufzusetzen. Die Terrorgefahr sei so hoch wie seit Jahren nicht mehr und ein im Internet aufgetauchtes Drohvideo müsse als konkrete Warnung des Terrornetzwerks El Kaida an Deutschland aufgefasst werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung aktuell die Terrorgefahr für Deutschland und speziell für das Land Brandenburg ein?
2. Was sind aus Sicht der Landesregierung die konkreten Gründe dafür, dass das BKA vor einer erhöhten Terrorgefahr in Deutschland warnt?
3. Inwieweit ist von dieser aktuellen Terrorgefahr speziell das Land Brandenburg betroffen?
4. Gibt es im Land Brandenburg Örtlichkeiten oder Einrichtungen, die von dieser aktuellen Terrorgefahr besonders betroffen sind? – Wenn ja, welche sind dies?
5. Was unternimmt die Landesregierung, um dieser aktuellen Terrorgefahr Rechnung zu tragen und für einen möglichst optimalen Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor terroristischen Anschlägen zu sorgen?

Datum des Eingangs: 16.04.2007 / Ausgegeben: 23.04.2007

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie schätzt die Landesregierung aktuell die Terrorgefahr für Deutschland und speziell für das Land Brandenburg ein?

Frage 2:

Was sind aus Sicht der Landesregierung die konkreten Gründe dafür, dass das BKA vor einer erhöhten Terrorgefahr in Deutschland warnt?

Frage 3:

Inwieweit ist von dieser aktuellen Terrorgefahr speziell das Land Brandenburg betroffen?

zu den Fragen 1 bis 3:

Am 10. März 2007 wurde im Internet eine Videobotschaft einer islamistischen Gruppe gesichert, die den Abzug deutscher und österreichischer Soldaten aus Afghanistan fordert. Bei der Botschaft handelt es sich um ein sechsminütiges Video in arabischer Sprache mit deutschen Untertiteln. Die Videobotschaft vom 10. März 2007 stellt aufgrund der expliziten Bezugnahme auf Deutschland und der professionellen Machart eine neue Qualität dar, die eine Erhöhung der bereits bestehenden abstrakten Gefahr für Deutschland begründet. Konkrete Hinweise auf geplante Anschläge in Deutschland liegen jedoch nicht vor. Nach Einschätzung des BKA wird trotz der erhöhten abstrakten Gefährdung keine Notwendigkeit für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen in Deutschland gesehen, auch weil das Sicherheitsniveau bereits sehr hoch ist. Dieser Bewertung haben sich die Sicherheitsbehörden des Landes Brandenburg angeschlossen.

Frage 4:

Gibt es im Land Brandenburg Örtlichkeiten oder Einrichtungen, die von dieser aktuellen Terrorgefahr besonders betroffen sind? – Wenn ja, welche sind dies?

zu Frage 4:

Konkrete Erkenntnisse zu Örtlichkeiten und Einrichtungen, welche als potentielle Anschlagssziele in Betracht kommen könnten, liegen den Sicherheitsbehörden des Landes Brandenburg nicht vor.

Frage 5:

Was unternimmt die Landesregierung, um dieser aktuellen Terrorgefahr Rechnung zu tragen und für einen möglichst optimalen Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor terroristischen Anschlägen zu sorgen?

zu Frage 5:

Für das Land Brandenburg liegt seitens der Sicherheitsbehörden ein erarbeitetes Maßnahmenkonzept zur präventiven und repressiven Terrorismusbekämpfung und anlassbezogenen Einsatzbewältigung vor. Dieses Konzept wird ständig fortgeschrieben und aktuellen Lageentwicklungen angepasst. Hierzu gehören auch Beratungs- und Sensibilisierungskonzepte.